



Ausarbeitung

Strafbarkeit des Beitritts Einzelner zu einer fremden Streitkraft
Rechtslage im In- und Ausland

Strafbarkeit des Beitritts Einzelner zu einer fremden Streitkraft

Rechtslage im In- und Ausland

Aktenzeichen: WD 7 - 3000 - 028/22
Abschluss der Arbeit: 19.05.2022
Fachbereich: WD 7: Zivil-, Straf- und Verfahrensrecht, Bau und Stadtentwicklung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
2.	Rechtslage in Deutschland	5
3.	Rechtslage im Ausland	6
3.1.	Belgien	6
3.2.	Bulgarien	7
3.3.	Dänemark	8
3.4.	Estland	8
3.5.	Finnland	8
3.6.	Frankreich	8
3.7.	Irland	8
3.8.	Kanada	9
3.9.	Kroatien	9
3.10.	Lettland	10
3.11.	Litauen	10
3.12.	Niederlande	10
3.13.	Norwegen	11
3.14.	Österreich	11
3.15.	Polen	11
3.16.	Rumänien	11
3.17.	Schweden	12
3.18.	Schweiz	12
3.19.	Slowakei	12
3.20.	Slowenien	13
3.21.	Spanien	13
3.22.	Tschechien	13
3.23.	Ungarn	14
3.24.	Vereinigte Staaten von Amerika	14
3.25.	Vereinigtes Königreich	14
4.	Ergebnis	15
Anhang: Relevante Normen verschiedener Staaten		16
4.1.	Dänemark	16
4.2.	Frankreich	17
4.3.	Irland	17
4.4.	Kanada	18
4.5.	Kroatien	19
4.6.	Lettland	20
4.7.	Norwegen	21
4.8.	Polen	21
4.9.	Slowakei	22
4.10.	Slowenien	23
4.11.	Tschechien	23

4.12.	Ungarn	24
4.13.	Vereinigte Staaten von Amerika	24
4.14.	Vereinigtes Königreich	25

1. Einleitung

Im Kontext des gegen die Ukraine gerichteten russischen Angriffskriegs¹ haben sich Berichten zufolge nicht nur vereinzelt nicht-ukrainische Staatsangehörige in die Ukraine begeben, um dort die ukrainischen Streitkräfte kämpfend bei der Landesverteidigung zu unterstützen.²

Aufgeworfen wurde vor diesem Hintergrund die grundsätzliche Frage, ob sich deutsche Staatsbürger mit einem Beitritt zu einer fremden regulären Streitkraft nach deutschem Recht **strafbar** machen können und wie die einschlägige Rechtslage in anderen Staaten ist.³

2. Rechtslage in Deutschland

Im deutschen Strafrecht existiert kein Straftatbestand, der es deutschen Staatsbürgern verbieten würde, sich ins Ausland zu begeben, um sich dort einer regulären fremden Streitkraft anzuschließen und als Teil derselben sodann an Kampfhandlungen teilzunehmen.

Unter Strafe gestellt ist lediglich das „Anwerben für fremden Wehrdienst“: Gemäß § 109h StGB⁴ wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wer zugunsten einer ausländischen Macht einen Deutschen zum Wehrdienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung anwirbt:

-
- 1 Zur Begrifflichkeit vgl. grundlegend Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Zum Begriff des Angriffskrieges, Sachstand WD 2 - 3000 - 083/20 vom 06.10.2020, abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/809264/6f532e3d057c62665aa0a6a6573e41da/WD-2-083-20-pdf-data.pdf> (Stand dieser und sämtlicher nachfolgender Internet-Quellen: 19.05.2022). Zum Angriff auf die Ukraine vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Zur russischen Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk in der Ost-Ukraine, Ausarbeitung WD 2 - 3000 - 013/22 vom 15.03.2022, Seite 4 (abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/886604/a2df70e69a269624eeb8439220bc630f/WD-2-013-22-pdf-data.pdf>).
 - 2 Vgl. etwa Haneke, Kiews fremde Kämpfer, FAZ-Sonntagszeitung, 08.05.2022, Seite 3; Krause, Aus diesen Ländern ziehen freiwillige Kämpfer in die Ukraine, Der Tagesspiegel, 03.03.2022 (abrufbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/internationale-legion-aus-diesen-laendern-ziehen-freiwillige-kaempfer-in-die-ukraine/28121202.html>).
 - 3 Nicht im Fokus der Darstellung stehen die wehrrechtlich determinierte Fragestellung, wie ein Beitritt durch aktive Soldaten bzw. Reservisten zu beurteilen wäre sowie etwaige völkerrechtliche Gesichtspunkte. Zu letzteren vgl. auch Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Implikationen einer Teilnahme deutscher Staatsangehöriger an Kampfhandlungen in der Ukraine, Ausarbeitung WD 2-3000-16/22 vom 21.03.2022 (abrufbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/895834/3156e9f43f38cdc727b6908b85946e96/WD-2-016-22-pdf-data.pdf>).
 - 4 Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2021 geändert worden ist.

§ 109h StGB Anwerben für fremden Wehrdienst

(1) Wer zugunsten einer ausländischen Macht einen Deutschen zum Wehrdienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung anwirbt oder ihren Werbern oder dem Wehrdienst einer solchen Einrichtung zuführt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Sinn und Zweck der Norm wurden in der Gesetzesbegründung dahingehend beschrieben, dass

„die Anwerbung Deutscher für einen ausländischen nationalen Wehrdienst nicht nur im Interesse der Geworbenen unerwünscht ist, die meistens unter Ausnutzung ihrer Notlage zur Eingehung unüberlegter und voreiliger militärischer Verpflichtungen im Ausland veranlaßt werden, sondern auch eine Gefahr für die Neutralität Deutschlands und damit für die Erhaltung seines Friedens“

darstellen könne.⁵ Im Einklang hiermit wird das primäre Schutzgut des Straftatbestandes im aktuellen Schrifttum überwiegend in der Wahrung der außenpolitischen Neutralität der Bundesrepublik Deutschland gesehen.⁶ Es wird jedoch auch die Auffassung vertreten, es seien „allgemeiner die äußeren Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik als weit gewähltes, zu schützendes Rechtsgut zugrunde zu legen.“⁷

3. Rechtslage im Ausland⁸

3.1. Belgien

Nach Artikel 2 des Gesetzes über Dienste in einer fremden Armee oder Truppe, die sich auf dem Staatsgebiet eines ausländischen Staates befindet⁹ kann die Beteiligung an ausländischen Streitkräften bei Kampfeinsätzen als Angehöriger dieser Streitkräfte nur in den Fällen bestraft werden, die in einem Königlichen Dekret festgelegt sind, das nach Beratung im Minister-Rat erlassen wurde. Ein solches Dekret wurde bislang jedoch nicht erlassen.

5 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (Strafrechtsänderungsgesetz 1950), Bundestagsdrucksache 1/1307 vom 04.09.1950, Seite 31 f. (abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/01/013/0101307.pdf>).

6 H. E. Müller, in: Münchener Kommentar zum StGB, 4. Auflage 2021, § 109h StGB Rn. 2 mit weiteren Nachweisen.

7 Meiertöns, Söldner, Freiwillige und die Internationale Legion der Ukraine – Völkerrechtlicher Status und strafrechtliche Einordnung, GSZ-Sonderausgabe 2022, Seite 40, 45.

8 Die in diesem Gliederungspunkt aufgeführten Angaben zur Rechtslage im Ausland beruhen auf Auskünften der jeweiligen Parlamentsverwaltungen.

9 Loi concernant les services dans une armée ou une troupe étrangère se trouvant sur le territoire d'un Etat étranger, 01.08.1979, abrufbar unter <http://www.ejustice.just.fgov.be/eli/loi/1979/08/01/1979080103/justel>.

Zudem ist es einem Staat nach Artikel 1 dieses Gesetzes gestattet, als reguläre Mitglieder seiner Streitkräfte sowohl seine eigenen Staatsangehörigen als auch Ausländer anzuwerben, sofern letztere später außerhalb des Staatsgebietes dieses Staates nicht anders eingesetzt werden als im Rahmen des militärisch technischen Beistands, den ein Staat einem anderen gewährt, und unbeschadet der internationalen Verpflichtungen des rekrutierenden Staates oder seiner Teilnahme an internationalen Polizeioperationen, die von öffentlichrechtlichen Organisationen, deren Mitglied er ist, beschlossen werden.

Strafbar macht sich nach belgischem Recht allerdings, wer die Zustimmung eines Minderjährigen zu dessen Dienst in einer fremden Streitkraft oder Truppe erhält oder zu erhalten trachtet, ohne dass eine Zustimmung seiner Eltern, seines Vormunds oder seines Pflegers vorliegt. Die Artikel 135quater und 135quinquis des belgischen Strafgesetzbuchs¹⁰ sehen hierfür eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis 2 Jahren vor.

3.2. Bulgarien

Die anwendbaren Rechtsvorschriften des Strafgesetzbuchs der Republik Bulgarien¹¹ sehen grundsätzlich keine strafrechtliche Haftung im Falle eines hypothetischen Beitritts bulgarischer Staatsbürger zu ausländischen Streitkräften und einer möglichen Beteiligung an Feindseligkeiten als deren Mitglied vor.

Etwas anderes gilt allerdings, wenn sich der Beitritt gegen die Republik Bulgarien richtet und einschlägige Straftatbestände erfüllt sind. So wird gemäß Artikel 100 Absatz 1 des Strafgesetzbuches ein bulgarischer Staatsbürger, der während eines erklärten oder begonnenen Krieges freiwillig der feindlichen Armee oder bewaffneten Gruppe beigetreten ist oder sich an feindseligen Aktionen gegen die Republik Bulgarien beteiligt oder in irgendeiner Form auf die Seite des Feindes übergeht, mit Freiheitsstrafe von 10 bis 20 Jahren, mit lebenslanger Haft oder mit lebenslanger Haft ohne Bewährung bestraft.

Nach Artikel 100 Absatz 2 des Strafgesetzbuches wird die gleiche Strafe gegen einen bulgarischen Bürger verhängt, der in irgendeiner Weise einen ausländischen Staat oder eine öffentliche Gruppe im Ausland bei der Durchführung militärischer oder anderer feindseliger Handlungen gegen die Republik Bulgarien unterstützt.

Nach Artikel 101 Absatz 1 des Strafgesetzbuches wird ein bulgarischer Staatsbürger, der das Land verlässt oder sich weigert, in das Land zurückzukehren, um einem ausländischen Staat oder einer ausländischen Organisation zum Nachteil der Republik Bulgarien zu dienen, mit Freiheitsstrafe von 3 bis 10 Jahren bestraft. Gemäß Artikel 101 Absatz 2 Strafgesetzbuch ist, wenn diese Handlung von einem Soldaten begangen wurde, die Strafe eine Freiheitsstrafe von 5 bis 15 Jahren.

10 Code pénal vom 08.06.1867, abrufbar unter <http://www.ejustice.just.fgov.be/eli/loi/1867/06/08/1867060850/justel>.

11 Strafgesetzbuch, in Kraft seit 01.05.1968, abrufbar unter <https://justice.government.bg/home/norm-doc/1589654529>.

3.3. Dänemark

Das dänische Recht stellt es grundsätzlich nicht unter Strafe, wenn dänische Staatsbürger sich einer fremden Streitkraft anschließen. Strafbar wird ein solcher Beitritt zu einer fremden Streitkraft jedoch dann, wenn die Streitkraft in einem Konflikt, an dem Dänemark als Partei beteiligt ist, gegen Dänemark kämpft: § 101a des dänischen Strafgesetzbuchs¹² sieht hierfür eine Freiheitsstrafe bis zu 12 Jahren vor.

Darüber hinaus ist es gemäß § 128 dänisches Strafgesetzbuch strafbar, andere Personen auf dänischem Staatsgebiet für den Dienst in einer fremden Streitkraft zu werben. Die Tat wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

3.4. Estland

Nach § 91-1 des estnischen Strafgesetzbuchs¹³ ist es strafbar, sich der Streitkraft eines fremden Staates anzuschließen, der gegenüber einem anderen Staat einen Akt der Aggression unternimmt. Die Strafe ist Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren. Als Akt der Aggression wird gemäß § 91 Strafgesetzbuch der völkerrechtswidrige Einsatz bewaffneter Kräfte durch einen Staat gegen einen anderen Staat verstanden.

3.5. Finnland

Nach finnischem Recht ist es nicht strafbar, sich einer fremden regulären Streitkraft als Kämpfer anzuschließen.

3.6. Frankreich

Das französische Strafrecht untersagt es in Artikel 436-1 Strafgesetzbuch¹⁴ Zivilisten, sich zwecks der Erzielung von persönlichen Vorteilen, namentlich einer beträchtlichen Vergütung, als Kämpfer in bewaffneten Konflikten zwischen Staaten zu beteiligen, wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit eines der beteiligten Staaten besitzen. Das Verbot gilt jedoch u. a. dann nicht, wenn die Person Teil der regulären Streitkräfte eines am Konflikt beteiligten Landes ist.

3.7. Irland

Das irische Recht kennt kein generelles Verbot, sich im Ausland einer regulären Streitkraft anzuschließen und als Teil dieser an Kampfhandlungen teilzunehmen. Eine Ausnahme gilt jedoch, wenn eine Person Mitglied der Reserveverteidigungskräfte (Reserve Defence Force) ist. Wer sich

12 Bekendtgørelse af straffeloven, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1174 vom 08.06.2021, abrufbar unter <https://www.retsinformation.dk/eli/ta/2021/1851>.

13 Karistusseadustik vom 06.06.2001, in Kraft getreten am 01.09.2002, abrufbar unter <https://www.riigiteataja.ee/akt/128042022027> (englische Fassung abrufbar unter <https://www.riigiteataja.ee/en/eli/ee/502062021003/consolide/current>).

14 Code pénal, abrufbar unter <https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006070719/>.

als solches Mitglied den Streitkräften eines anderen Staates anschließt oder sich hierzu verpflichtet, macht sich gemäß § 241 des Defence Acts 1954¹⁵ eines Vergehens schuldig, das mit bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden kann.

Untersagt ist zudem das Anwerben von Personen für den Dienst in fremden Streitkräften. § 312 des Defence Acts 1954 sieht bei Zuwiderhandlungen eine Geldstrafe von bis zu 1.000 Pfund oder eine Freiheitsstrafe von bis zu 6 Monaten vor.

3.8. Kanada

Nach kanadischem Recht ist es für kanadische Staatsangehörige grundsätzlich nicht strafbar, sich ausländischen Streitkräften anzuschließen und für diese zu kämpfen. Strafbar machen sich allerdings nach dem Foreign Enlistment Act¹⁶ Kanadier, die sich den offiziellen Streitkräften eines fremden Staates anschließen und für diese gegen einen Staat kämpfen, der als mit Kanada befreundeter Staat anerkannt ist. Dem entsprechend inkriminiert es der Foreign Enlistment Act auch, einen kanadischen Staatsbürger dazu zu bringen, sich den offiziellen Streitkräften eines fremden Staates anzuschließen und gegen einen befreundeten Staat zu kämpfen. Schließlich ist nach Artikel 46 des kanadischen Strafgesetzbuchs¹⁷ wegen Hochverrats strafbar, wer sich als Kanadier den offiziellen Streitkräften eines ausländischen Staates anschließt und gegen Kanada kämpft.

3.9. Kroatien

Im kroatischen Recht bestehen keine einschlägigen Regelungen, so dass es grundsätzlich nicht strafbar ist, sich einer fremden regulären Streitkraft anzuschließen. Strafbar ist jedoch der Dienst in einer Kroatien gegenüber feindlichen Armee. So wird gemäß Artikel 343 Strafgesetzbuch¹⁸ mit Freiheitsstrafe von 3 bis 15 Jahren bestraft, wer als Bürger der Republik Kroatien in Kriegszeiten oder bewaffneten Konflikten, an denen die Republik Kroatien teilnimmt, in der Armee des Feindes dient oder Mitglied anderer bewaffneter Gruppen ist, die bei Kampfeinsätzen gegen die Republik Kroatien oder ihre Verbündeten tätig sind. Die gleiche Strafe wird jedem auferlegt, der versucht, Bürger der Republik Kroatien zu überzeugen, zu versammeln, weg zu verbringen oder anderweitig zu rekrutieren, um in den Streitkräften oder bewaffneten feindlichen Gruppen zu dienen, die an Kampfeinsätzen gegen die Republik Kroatien oder ihre Verbündeten beteiligt sind, oder sich am Krieg oder an einem bewaffneten Konflikt gegen die Republik Kroatien oder ihre Verbündeten zu beteiligen.

15 Abrufbar unter <https://www.irishstatutebook.ie/eli/1954/act/18/enacted/en/html>.

16 Foreign Enlistment Act, R.S.C., 1985, c. F-28, Stand 02.05.2022, abrufbar unter <https://lois-laws.justice.gc.ca/eng/acts/F-28/FullText.html>.

17 Criminal Code, R.S.C., 1985, c. C-46, Stand 02.05.2022, abrufbar unter <https://laws-lois.justice.gc.ca/eng/acts/c-46/FullText.html>.

18 Kazneni zakon, gültig ab 31.07.2021, inoffizielle Fassung abrufbar unter <https://www.zakon.hr/z/98/Kazneni-zakon>.

3.10. Lettland

Das lettische Recht untersagt es grundsätzlich, in fremden Streitkräften zu dienen. Die einschlägige Regelung des Abschnitts 3.1 des Nationalen Sicherheitsgesetzes¹⁹ sieht für lettische Staatsbürger allerdings verschiedene Ausnahmetatbestände vor. So gilt das Verbot nicht, wenn „ein lettischer Staatsbürger im Dienst der Europäischen Union, der NATO, eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Mitgliedstaats der Europäischen Freihandelsassoziation, eines Mitgliedstaats der NATO, des Commonwealth Australiens, der Föderativen Republik Brasilien oder Neuseelands oder der Ukraine oder im Dienst eines solchen Landes, mit dem die Republik Lettland ein Abkommen über die Anerkennung der doppelten Staatsangehörigkeit geschlossen hat, tätig ist“. Die Aufnahme der Ukraine in diese Bestimmung erfolgte mit Wirkung seit dem 1. März 2022 durch Änderung des Nationalen Sicherheitsgesetzes vom 28. Februar 2022.

Ein Verstoß gegen das Verbot wird nach § 95.1 Strafgesetzbuch²⁰ mit Freiheitsentzug für einen Zeitraum von bis zu 4 Jahren, bewährungsrechtlicher Aufsicht oder sozialem Dienst oder einer Geldstrafe bestraft.

3.11. Litauen

Im litauischen Strafrecht existiert keine Bestimmung, wonach es strafbar wäre, sich einer fremden Streitkraft anzuschließen.

3.12. Niederlande

Der Beitritt zu einer ausländischen bewaffneten Streitkraft und die Teilnahme an Kampfhandlungen mit derselben ist nach niederländischem Recht grundsätzlich nicht strafbar.

Strafbar ist es gemäß Artikel 205 des niederländischen Strafgesetzbuchs²¹, ohne Zustimmung der Regierung Personen in den Niederlanden für einen ausländischen Militärdienst oder bewaffneten Kampf zu rekrutieren.

19 Englische Fassung mit Stand 03.01.2022 abrufbar unter <https://likumi.lv/ta/en/en/id/14011-national-security-law>.

20 Englische Fassung mit Stand 31.12.2021 abrufbar unter <https://likumi.lv/ta/en/en/id/88966-criminal-law>.

21 Wetboek van Strafrecht vom 03.03.1881, abrufbar unter <https://wetten.overheid.nl/BWBR0001854/2016-07-01>.

3.13. Norwegen

Nach § 145 des norwegischen Strafgesetzbuchs²² stellt es eine Straftat dar, sich illegal an einem bewaffneten Konflikt im Ausland zu beteiligen – allerdings nicht, wenn die Teilnahme als Teil einer regulären staatlichen Streitkraft erfolgt.

Nach § 128 des norwegischen Strafgesetzbuchs wird mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe für eine Dauer von höchstens 3 Jahren bestraft, wer im Inland eine Person für eine militärische Tätigkeit im Namen eines ausländischen Staates rekrutiert.

3.14. Österreich

Gemäß § 257 des österreichischen Strafgesetzbuchs²³ ist die Begünstigung feindlicher Streitkräfte strafbar. Demnach wird mit Freiheitsstrafe von 1 bis zu 10 Jahren ein österreichischer Staatsbürger bestraft, der während eines Krieges oder eines bewaffneten Konflikts, an denen die Republik Österreich beteiligt ist, in den Dienst der feindlichen Streitkräfte tritt oder gegen die Republik Österreich Waffen trägt. Dieser Straftatbestand ist somit nur in Zeiten eines Kriegs oder eines bewaffneten Konflikts, an denen die Republik Österreich beteiligt ist bzw. bei unmittelbar drohender Gefahr eines solchen einschlägig. Außerhalb dieser Rahmenbedingungen ist es nach österreichischem Recht nicht strafbar, sich einer fremden Streitkraft anzuschließen.

3.15. Polen

Im polnischen Recht ist es nach Artikel 141 des polnischen Strafgesetzbuchs²⁴ strafbar, sich als polnischer Staatsbürger fremden Streitkräften anzuschließen, wenn hierfür keine Genehmigung der zuständigen Behörde – des Verteidigungsministeriums – vorliegt. Als Strafe droht Freiheitsstrafe zwischen 3 Monaten und 5 Jahren. Eine Ausnahme gilt für Doppelstaater, soweit sie im Staatsgebiet ihrer weiteren Staatsangehörigkeit leben und dort den Militärdienst absolvieren (Artikel 141 § 3 polnisches StGB).

3.16. Rumänien

Im rumänischen Strafgesetzbuch gibt es keinen Straftatbestand, der es erfasst, wenn sich Bürger ausländischer Streitkräften anschließen und als Teil dieser kämpfen.

22 Lov om straff (straffeloven), zuletzt geändert durch Gesetz 2021-06-11-59 vom 01.01.2022, abrufbar unter <https://lovdata.no/dokument/NL/lov/2005-05-20-28> (englische Übersetzung mit Stand 01.01.2020 abrufbar unter <https://lovdata.no/dokument/NLE/lov/2005-05-20-28>).

23 Bundesgesetz vom 23.01.1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB), abrufbar unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002296>.

24 Kodeks karny vom 06.06.1997, abrufbar unter <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19970880553/U/D19970553Lj.pdf>.

3.17. Schweden

Auch im schwedischen Recht ist es nicht strafbar, sich einer fremden Streitkraft zum Kampf anzuschließen. Strafbar ist es hingegen nach Kapitel 19 § 12 des schwedischen Strafgesetzbuchs²⁵, andere Personen in Schweden für einen ausländischen Wehrdienst oder einen entsprechenden Dienst ohne Erlaubnis der Regierung zu rekrutieren oder andere Personen dazu zu überreden, das Land nicht rechtmäßig zur Teilnahme an einem solchen Dienst zu verlassen. Der Strafrahmen ist Geldstrafe oder höchstens 6 Monate Freiheitsstrafe wegen ungesetzlicher Rekrutierung oder, wenn sich das Land im Krieg befand, maximal 2 Jahre Freiheitsstrafe.

3.18. Schweiz

Nach schweizerischem Recht ist es grundsätzlich strafbar, wenn Schweizer sich einer fremden Streitkraft anschließen und für diese kämpfen. So bestimmt Artikel 94 des Militärstrafgesetzes²⁶, dass „der Schweizer, der ohne Erlaubnis des Bundesrates in fremden Militärdienst eintritt, ... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft“ wird. Strafflos bleibt nach Artikel 94 Absatz 2 Militärstrafgesetz der Schweizer, der noch eine andere Staatszugehörigkeit besitzt, im anderen Staat niedergelassen ist und dort Militärdienst leistet. Gemäß Artikel 94 Absatz 3 Militärstrafgesetz wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe nicht unter 30 Tagessätzen bestraft, wer einen Schweizer für fremden Militärdienst anwirbt oder der Anwerbung Vorschub leistet.

3.19. Slowakei

Gemäß § 392 des slowakischen Strafgesetzbuchs²⁷ wird ein Bürger der Slowakischen Republik mit einer Freiheitsstrafe von 2 bis 8 Jahren bestraft, wenn er ohne Genehmigung in einer ausländischen Armee militärisch dient. Wird die Tat während eines Kriegs oder Kriegszustands begangen, beträgt die Strafe Freiheitsstrafe 5 bis 10 Jahre (§ 392 Absatz 2 Strafgesetzbuch).

In bestimmten Fällen ist eine Genehmigung entbehrlich, namentlich wenn der betreffende Staat Mitglied derselben kollektiven Sicherheitsorganisation ist wie die Slowakische Republik sowie wenn ein Bürger zwei oder mehr Staatsbürgerschaften hat und der betreffende Staat Partei des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit ist.

Eine erteilte Genehmigung erlischt, wenn sich der betreffende Staat im Krieg oder Kriegszustand mit der Slowakischen Republik, einer Vertragspartei des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit oder einem Mitglied derselben Organisation für kollektive Sicherheit, der die Slowakische Republik angehört, befindet.

25 Brottsbalk vom 21.12.1962, zweisprachige Fassung abrufbar unter <https://www.government.se/4b0103/contentassets/7a2dcae0787e465e9a2431554b5eab03/the-swedish-criminal-code.pdf>.

26 Militärstrafgesetz (MStG) vom 13.06.1927 (Stand am 1. Juli 2021), abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/43/359_375_369/de.

27 Trestný Zákon vom 20.05.2005, abrufbar unter <https://www.slov-lex.sk/pravne-predpisy/SK/ZZ/2005/300/>.

3.20. Slowenien

Im slowenischen Recht steht es für slowenische Staatsbürger unter Strafe, während eines Krieges oder eines bewaffneten Konflikts in der Armee oder anderen Streitkräften des Feindes zu dienen oder in einem Krieg oder bewaffneten Konflikt gegen die Republik Slowenien oder ihre Verbündeten zu kämpfen. Artikel 368 des slowenischen Strafgesetzbuchs²⁸ sieht hierfür eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren vor. Gemäß Artikel 369 Strafgesetzbuch ist es zudem strafbar, Staatsangehörige der Republik Slowenien oder Staatsangehörige anderer Länder oder Staatenlose für den Dienst in der Armee oder anderen Streitkräften des Feindes oder für die Kämpfe in einem Krieg oder einem bewaffneten Konflikt gegen die Republik Slowenien oder ihre Verbündeten zu rekrutieren.

Über diese Tatbestände hinaus besteht keine Strafbarkeit, so dass Bürger einer fremden, Slowenien gegenüber nicht feindlichen Streitkraft beitreten können.

3.21. Spanien

In Spanien ist es nicht strafbar, sich fremden Streitkräften anzuschließen und für diese an Kampfhandlungen teilzunehmen.

3.22. Tschechien

Nach § 321 des tschechischen Strafgesetzbuchs²⁹ macht sich wegen Dienstes bei ausländischen Streitkräften strafbar, wer als Bürger Tschechiens entgegen einer anderen gesetzlichen Regelung einen Dienst in der Armee oder den Streitkräften eines anderen Staates ausübt. Die Tat kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren, bei Begehung der Tat während eines nationalen Ausnahme- oder Kriegszustands mit Freiheitsstrafe von 3 bis 10 Jahren geahndet werden.

Als maßgebliche gesetzliche Regelung heranzuziehen ist in diesem Zusammenhang § 34 des tschechischen Wehrpflichtgesetzes³⁰. Nach § 34 Absatz 1 Wehrpflichtgesetz darf sich ein Bürger den Streitkräften anderer Staaten grundsätzlich nur mit Zustimmung des Präsidenten der Republik auf der Grundlage seines Antrags anschließen. Gemäß § 34 Absatz 4 Wehrpflichtgesetz kann sich ein Bürger, der mehr als eine Staatsbürgerschaft besitzt, auch ohne Zustimmung des Präsidenten der Republik den Streitkräften eines anderen Staates anschließen, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt. Dasselbe gilt auch ohne entsprechende Staatsangehörigkeit, sofern der besagte Staat Mitglied einer internationalen Organisation ist, die eine gemeinsame Verteidigung gegen Angriffe vorsieht und deren Mitglied Tschechien ist. Eine etwaige Zustimmung des Präsidenten erlischt gemäß § 321 Absatz 3 Strafgesetzbuch am Tag des Wirksamwerdens der Erklärung eines nationalen Notstands oder eines Kriegszustands.

28 Kazenski zakonik (2012), abrufbar unter <http://www.pisrs.si/Pis.web/pregledPredpisa?id=ZAKO5050#>.

29 Gesetz Nr. 40/2009.

30 Gesetz Nr. 585/2004.

3.23. Ungarn

Nach ungarischem Recht ist es strafbar, sich der Armee eines fremden Landes anzuschließen, das nicht in einem Militärbündnis mit Ungarn steht: Gemäß § 146 Absatz 2 des Gesetzes C 2012 zum Strafgesetzbuch³¹ wird mit Freiheitsstrafe zwischen 1 und 5 Jahren jeder ungarische Staatsbürger bestraft, der sich freiwillig an einem nationalen oder internationalen bewaffneten Konflikt beteiligt oder sich freiwillig einer ausländischen Streitkraft anschließt – außer den alliierten Streitkräften – oder an der Ausbildung in einer solchen Streitkraft teilnimmt. Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, im Hoheitsgebiet Ungarns Personal für den Wehrdienst – außer für alliierte Streitkräfte – oder den paramilitärischen Dienst in einer ausländischen Streitkraft zu rekrutieren oder Freiwillige für einen solchen Dienst zu vermitteln (§ 146 Absatz 1 Gesetz C 2012 zum Strafgesetzbuch).

3.24. Vereinigte Staaten von Amerika

Gemäß Titel 18 US Code³² § 958 ist es für Bürger der Vereinigten Staaten strafbar und wird mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft, sich auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten zum Dienst in einer fremden Streitkraft gegen einen Staat zu verpflichten, mit dem die Vereinigten Staaten in Frieden sind („Commission to serve against friendly nation“).

Nach § 959 Absatz a des 18 Titels des US Code wird mit Geldstrafe und/oder Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren zudem jeder bestraft, der sich auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten einer fremden Streitkraft als Kämpfer anschließt oder sich hierzu verpflichtet oder einen anderen zu entsprechenden Handlungen anhält („Enlistment in foreign service“). Dies gilt nicht, wenn die betreffende Person Bürger eines Staates ist, der gegen einen Staat Krieg führt, mit dem sich die Vereinigten Staaten ebenfalls im Krieg befinden – es sei denn, Bürger der Vereinigten Staaten werden im Inland für den Wehrdienst in fremden Streitkräften angeworben (Titel 18 US Code § 959 Absatz b).

3.25. Vereinigtes Königreich

Ziffer 4 des Foreign Enlistment Act 1870³³ untersagt es Bürgern des Vereinigten Königreichs, sich ohne Erlaubnis ihrer Majestät einer fremden Streitkraft anzuschließen um gegen Staaten zu kämpfen, mit denen sich das Vereinigte Königreich im Frieden befindet. Darüber hinaus ist es jedermann verboten, im Vereinigten Königreich Personen zum Dienst in einer fremden Streitkraft anzuwerben. Bei Zuwiderhandlung droht eine Geld- oder Freiheitsstrafe. Gemäß Ziffer 5 Foreign Enlistment Act 1870 wird ebenso bestraft, wer als Staatsbürger des Vereinigten Königreiches dieses mit dem Ziel verlässt, sich in den Dienst der Streitkraft eines fremden Staates zu stellen, der sich im Krieg mit dem Vereinigten Königreich befindet.

31 Englische Fassung abrufbar unter https://njt.hu/translation/j2012T0100P_20220401_FIN.pdf.

32 Fassung basierend auf den am 15.05.2022 geltenden Gesetzen, abrufbar unter <https://uscode.house.gov/browse/prelim@title18/part1&edition=prelim>.

33 Abrufbar unter <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/Vict/33-34/90>.

Es sind in praxi jedoch keine Fälle bekannt, in denen diese Normen zu einer Verurteilung geführt hätten.

4. Ergebnis

Bei Zugrundelegung der unter Gliederungspunkt 3 dargestellten Erkenntnisse ist in der Mehrzahl der 26 betrachteten Rechtsordnungen der Beitritt Einzelner zu fremden regulären Streitkräften entweder per se straflos (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Rumänien, Schweden, Spanien) oder nur dann strafbar, wenn die betreffende Streitkraft als gegenüber dem Staat oder seinen Verbündeten „feindlich“³⁴ eingestuft wird (Bulgarien, Dänemark, Kanada, Kroatien, Lettland, Österreich, Slowenien, Ungarn, UK, USA). In einigen Staaten hingegen ist der Beitritt grundsätzlich strafbar und wird nur bei Vorliegen einer staatlichen Genehmigung straflos (Polen, Schweiz, Slowakei, Tschechien). Keines der in die vorliegende Darstellung einbezogenen Länder sieht eine pauschale, ausnahmslose Strafbarkeit für den Beitritt zu einer fremden regulären Streitkraft vor.

Das im Inland erfolgende Anwerben zum Dienst in einer fremden Streitkraft ist in verschiedenen Staaten per se strafbar (Dänemark, Deutschland, Irland, Norwegen, Schweden, Schweiz, UK, USA), in einigen hingegen nur, wenn die betreffende Streitkraft als „feindlich“³⁵ eingestuft wird (Kanada, Niederlande, Slowenien, Ungarn). Ausgehend von den unter Gliederungspunkt 3 dargestellten Erkenntnissen scheint das Anwerben in anderen Ländern hingegen wohl nicht strafbar zu sein (Bulgarien, Estland, Finnland, Frankreich, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechien).

34 Die Qualifikation „feindlich“ ist vorliegend untechnisch zu verstehen und dient lediglich der – notwendigerweise vergrößernden – kategorisierenden Veranschaulichung. Im Detail ist in den jeweiligen Regelungen unterschiedlich ausgestaltet, worauf insofern abzustellen ist. So wird etwas zum Teil ein Kriegszustand gefordert, zum Teil reicht es aus, dass die betreffenden Staaten nicht Teil desselben Verteidigungsbündnisses sind.

35 Siehe vorhergehende Fußnote.

Anhang: Relevante Normen verschiedener Staaten

Nachfolgend werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit einzelne Normen, die im vorliegenden Kontext unmittelbar oder mittelbar von Interesse sein können, im Wortlaut wiedergegeben. Soweit die Normen im Original nicht in englischer Sprache abgefasst sind, werden sie in – inoffizieller – englischer Übersetzung aufgeführt.³⁶

4.1. Dänemark

Danish Criminal Code

Section 101 a. Any person who is a Danish national or habitually resident within the Danish state and who is affiliated with armed forces fighting against the Danish state in an armed conflict to which the Danish state is a party is sentenced to imprisonment for a term not exceeding twelve years. In particularly aggravating circumstances the sentence may increase to imprisonment for life. Especially situations in which the relevant person has participated in combat are considered particularly aggravating circumstances.

(2) Any person who recruits another person who is a Danish national or habitually resident within the Danish state for armed forces in the circumstances described in subsection (1), or who publicly incites such person to join hostile forces in such conflicts, is sentenced to imprisonment for a term not exceeding twelve years. In particularly aggravating circumstances the sentence may increase to imprisonment for a term not exceeding 16 years. Especially situations involving offences committed in a systematic or organized manner are considered particularly aggravating circumstances.

Section 114 j. Any person who is a Danish national or habitually resident within the Danish State and who enters or stays in an area as referred to in subsection (3) without permission is sentenced to imprisonment for a term not exceeding eight years, but see subsection (2).

(2) Subsection (1) does not apply to any entry and stay for exercising a public function or office with a Danish, foreign or international organisation.

(3) Following negotiation with the Minister for Foreign Affairs and the Minister of Defence, the Minister of Justice may lay down rules determining that an area in which a group or an association as referred to in section 114e is a party to an armed conflict will fall within subsection (1). By a parliamentary resolution, Parliament may repeal rules laid down by the Minister of Justice under the first sentence hereof.

(4) The Minister of Justice or the person so authorised by the Minister may permit a person, upon application, to enter or stay in an area as referred to in subsection (1) if the entry or stay serves a meritorious purpose. A permission can comprise a group of persons involved in a particular activity or organisation, etc.

36 Die Auswahl der nachfolgenden Normen basiert auf den Angaben der Parlamentsverwaltungen des jeweiligen Staates.

(5) The Minister of Justice may lay down detailed rules on the submission of applications under subsection (4), including the time limit for applications. The Minister of Justice may stipulate in that connection that decisions made pursuant to subsection (4) cannot be brought before a higher administrative authority.

Section 128. Any person who recruits others within the Danish state for foreign armed forces is sentenced to a fine or imprisonment for a term not exceeding two years.

4.2. Frankreich

Article 413-1 Penal Code:

The fact, with a view to damaging national defence, of provoking soldiers belonging to the French armed forces to enter the service of a foreign power is punishable by ten years' imprisonment and a fine of 150,000 euros.

Article 436-1 Penal Code:

The following is punishable by five years' imprisonment and a fine of 75,000 euros:

1° By any person, specially recruited to fight in an armed conflict and who is neither a national of a State party to the said armed conflict, nor a member of the armed forces of that State, nor has been sent on a mission by a State other than one of those parties to the conflict as a member of the armed forces of the said State, to take or attempt to take a direct part in hostilities for the purpose of obtaining personal advantage or remuneration substantially in excess of that paid or promised to combatants of similar rank and functions in the armed forces of the party for which he is to fight;

2° By any person, specially recruited to take part in a concerted act of violence aimed at overthrowing the institutions or undermining the territorial integrity of a State and who is neither a national of the State against which the act is directed, nor a member of the armed forces of that State, nor has been sent on a mission by a State, to take or attempt to take part in such an act in order to obtain substantial personal advantage or remuneration.

Article L321-3 Code of military justice:

The fact that any military member deserts in the interior, in peacetime, is punishable by three years' imprisonment.

4.3. Irland

Defence Act 1954:

“Penalty for member of Reserve Defence Force joining armed forces of another State.

241.— If, within or without the State, any member of the Reserve Defence Force, while not subject to military law, accepts a commission in, or enters into any engagements to serve in, the armed forces of another State, he shall be guilty of a misdemeanour and shall be liable on conviction thereof to imprisonment for a term not exceeding two years.”

“Restrictions on recruiting for other States.

312.— (1) It shall not be lawful for any person—

(a) to induce, procure or persuade any person in the State to accept or agree to accept any commission or engagement in any military, naval or air force maintained by the Government of any other State, or

(b) to print within the State or cause or procure to be printed within the State any notice or advertisement in relation to the procurement of personnel for any military, naval or air force maintained by the Government of any other State, or

(c) to publish or cause or procure to be published within the State any such notice or advertisement as is mentioned in paragraph (b) of this subsection which is printed within the State.

(2) Every person who acts in contravention of this section shall be guilty of an offence under this section and shall be liable on summary conviction thereof to a fine not exceeding 1,000 pounds or, at the discretion of the court, to imprisonment for any term not exceeding six months or to both such fine and imprisonment.

(3) In this section—

the expression “the Government” in relation to any other State includes any person exercising or assuming to exercise powers of Government in or over such State or any part thereof;

the expression “military, naval or air force” does not include a voluntary aid society duly recognised and authorised for the purposes of the Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field signed at Geneva on the 12th day of August, 1949.”

4.4. Kanada

Criminal Code (R.S.C., 1985, c. C-46):

46 (1) Every one commits high treason who, in Canada,

[...]

(c) assists an enemy at war with Canada, or any armed forces against whom Canadian Forces are engaged in hostilities, whether or not a state of war exists between Canada and the country whose forces they are.

There are no current political initiatives in Canada that are seeking to amend the relevant legislation.

Foreign Enlistment Act (R.S.C., 1985, c. F-28)

Article 3: Offence to enlist with a foreign state at war with a friendly state

“Any person who, being a Canadian national, within or outside Canada, voluntarily accepts or agrees to accept any commission or engagement in the armed forces of any foreign state at war with any friendly foreign state or, whether a Canadian national or not, within Canada, induces any other person to accept or agree to accept any commission or engagement in any such armed forces is guilty of an offence.”

Article 4: Offence to leave or intend to leave Canada to enlist

“Any person who, being a Canadian national, leaves or goes on board any conveyance with a view to leaving Canada with intent to accept any commission or engagement in the armed forces of any foreign state at war with any friendly foreign state or, whether a Canadian national or not, within Canada, induces any other person to leave or go on board any conveyance with a view to leaving Canada, with a like intent, is guilty of an offence.”

Article 5: Offence to induce a person to enlist and leave Canada by misrepresentations

“Any person who induces any other person to leave Canada or to go on board any conveyance within Canada under a misrepresentation or false representation of the service in which such person is to be engaged, with the intent or in order that such person may accept or agree to accept any commission or engagement in the armed forces of any foreign state at war with any friendly foreign state, is guilty of an offence.”.

4.5. Kroatien

Penal Code

Recruitment of Mercenaries

Article 95

(1) Whoever, in violation of the rules of international law, recruits, uses, finances or trains mercenaries for the purpose of their participation in an armed conflict or in a concerted act of violence aimed at overthrowing the government, undermining the territorial integrity of a state or threatening its constitutional order shall be punished by imprisonment from six months to five years.

(2) Whoever conscripts or enlists a child into the armed forces or armed groups distinct from the armed forces or uses a thus recruited child to participate in direct hostilities shall be punished by imprisonment from one to ten years.

(3) Whoever for the purpose of obtaining a material gain directly participates as a mercenary come of age in an armed conflict or a concerted act of violence shall be punished by imprisonment not exceeding three years.

Serving in the Enemy's Army

Article 343

(1) A citizen of the Republic of Croatia who in times of war or armed conflict in which the Republic of Croatia takes part, serves in the enemy's army or is a member of other armed groups engaged in combat operations against the Republic of Croatia or its allies, shall be punished by imprisonment from three to fifteen years.

(2) The same punishment as referred to in paragraph 1 of this Article shall be inflicted on whoever attempts to persuade, gathers together, takes away or otherwise recruits citizens of the Republic of Croatia to serve in the enemy's armed forces or armed groups engaged in combat operations against the Republic of Croatia or its allies, or to participate in the war or armed conflict against the Republic of Croatia or its allies.

4.6. Lettland

National Security Law Section 3.1 Prohibition to Serve in Foreign States:

(1) Latvian citizens are prohibited from serving in the armed forces, internal security forces, military organisation, intelligence service or security service, police (militia), or justice institution services (hereinafter - the service) of foreign states or other subjects of the international law or established in their territories, except the case when:

1) a Latvian citizen is serving in the service of the European Union, the North Atlantic Treaty Organisation, a Member State of the European Union, a Member State of the European Free Trade Association, a Member State of the North Atlantic Treaty Organisation, the Commonwealth of Australia, the Federative Republic of Brazil, or New Zealand or Ukraine, or in the service of such country with which the Republic of Latvia has entered into an agreement regarding recognition of dual citizenship;

2) a Latvian citizen is serving in the service that is not recognised as voluntary in the country of his or her citizenship (nationality) with which the dual citizenship has occurred in accordance with the conditions of the Citizenship Law.

(2) A non-citizen of Latvia is prohibited from serving in the service of a foreign state.

Criminal Law Section 95.1 Service in a Foreign Country:

For a person who commits violation of prohibition of requirements of laws and regulations to serve in the armed forces, internal security forces, military organisation, intelligence service or security service, police (militia), or services of institution of justice of foreign states or other subjects of the international law or established in their territories,

the applicable punishment is the deprivation of liberty for a period of up to four years or temporary deprivation of liberty, or probationary supervision, or community service, or fine.

4.7. Norwegen

Norwegian Penal Code

Section 145:

“Any person who illegally participates in military activities in an armed conflict abroad shall be subject to a penalty of imprisonment for a term not exceeding 6 years, unless such person participates on behalf of a government force.

Any person who intends to carry out an offence specified in the first paragraph and who initiates a journey to the area or commits other acts that facilitate and point towards carrying out the offence shall be subject to punishment for attempt. The attempt is punishable by a milder penalty than is a completed violation. Section 16, second paragraph, applies correspondingly.”

Section 146:

“Any person who recruits another person to participate in unlawful military activity, see section 145, shall be subject to a penalty of imprisonment for a term not exceeding 3 years.”

Section 128:

“A penalty of a fine or imprisonment for a term not exceeding three years shall be applied to any person who forms a private organisation of a military nature in the realm or who participates in, recruits members into or provides financial or other material support for such an organisation. The same penalty applies to any person who recruits, in the realm, a person for military activity on behalf of a foreign state.”

Section 136 a:

“A penalty of imprisonment for a term not exceeding 6 years shall be applied to any person who forms, participates in, recruits members into or provides financial or other material support for a terrorist organisation, when the organisation has taken steps to achieve the purpose by unlawful means.

Contribution is not penalised.”

4.8. Polen

Act of 6 June 1997. - Criminal Code

Article 141

§ 1. Whoever, being a Polish citizen, without the consent of a competent authority accepts military service in a foreign army or military organization shall be subject to the penalty of deprivation of liberty for a term of between 3 months and 5 years.

§ 2. Whoever assumes obligations in a mercenary military service prohibited by international law shall be subject to the penalty of deprivation of liberty for a term of between 6 months and 8 years.

§ 3. A Polish citizen who is at the same time a citizen of another country shall not commit the offence specified in § 1 if he/she resides on its territory and performs military service there.

4.9. Slowakei

Criminal Code

Section 392 Service in a Foreign Army

(1) A citizen of the Slovak Republic who, without authorisation, serves in a foreign army shall be punished by a prison sentence of two to eight years.

(2) A prison sentence of five to ten years shall be imposed upon an offender if they committed an act referred to in Subsection 1 during a state of war or war.

Section 419a Participation in Combat Operations of an Organised Armed Group in the Territory of Another State

(1) Whoever actively participates in combat operations of an organised armed group during a war in the territory of another State, shall be punished by a prison sentence of two to eight years.

(2) The same punishment referred to in Subsection 1 shall be imposed upon a person who

a) publicly incites the commission of a criminal offence referred to in Subsection 1,

b) requests another person to commit or participate in the commission of an act referred to in Subsection 1,

c) provides or receives knowledge of methods and techniques for the production or use of explosives, firearms or other weapons, harmful substances or other hazardous substances, or other special methods or techniques intended for combat, in order to commit an act referred to in Subsection 1, or

d) provides financial or other means, services, assistance or creates other conditions for the purposes of the commission of a criminal offence referred to in Subsection 1.

4.10. Slowenien

Criminal Code (Kazenski zakonik, 2012)

“Service in the enemy’s army Article 368

A citizen of the Republic of Slovenia who, during a war or armed conflict, serves in the army or other armed forces of the enemy, or who fights in a war or in an armed conflict against the Republic of Slovenia or its allies, shall be sentenced to imprisonment for up to ten years.

Recruitment for a foreign army Article 369

Whoever recruits citizens of the Republic of Slovenia or citizens of other countries or stateless persons for service in the army or other armed forces of the enemy or for fighting in a war or an armed conflict against the Republic of Slovenia or its allies, shall be sentenced to imprisonment for between one and ten years.”

4.11. Tschechien

Act No. 40/2009 Coll., Criminal Code, as amended:

Section 321 Service in foreign armed forces

“(1) A citizen of Czechia, who contrary to another legal regulation performs a service in the army or armed forces of another state, shall be sentenced to imprisonment for up to five years.

(2) An offender shall be sentenced to imprisonment for three to ten years, if he/she commits the act referred to in Subsection (1) in a state of national emergency or a state of war.”

Act No. 585/2004 Coll., on Conscription and its Provision (Conscription Act), as amended (hereinafter referred to as “Conscription Act”):

Section 34 Conscription Act

“(1) A citizen may join the armed forces of other states only with the consent of the President of the Republic on the basis of his/her application, unless this Act provides otherwise.

(2) A citizen shall submit an application for the consent of the President of the Republic to join the armed forces of another state to the Ministry [of Defence], which shall submit it with its opinion and after consultation with the Ministry of the Interior and the Ministry of Foreign Affairs to the President of the Republic. (...)

(3) The consent of the President of the Republic shall cease to be valid on the effective date of the declaration of a state of national emergency or a state of war. There is no legal claim to the granting of consent.

(4) A citizen who has more than one citizenship may join the armed forces of another state of which he/she is also a citizen without the consent of the President of the Republic. A citizen may

also join the armed forces of another state without the consent of the President of the Republic, provided that this state is a member of an international organisation providing for common defence against attack of which Czechia is a member.

(...)”

4.12. Ungarn

Act C of 2012 on the Criminal Code:

CHAPTER XIV WAR CRIMES

Illegal Recruitment Section 146

(1) Any attempt to recruit personnel in the territory of Hungary for military service - other than for any allied forces -, paramilitary service in a foreign armed body, or any mediation of volunteers for such service shall be construed a felony punishable by imprisonment between one to five years.

(2) Any Hungarian citizen who voluntarily joins or offers to join any foreign armed body - other than the allied forces - that is involved in an armed conflict (national or international), or who participates in training in such an armed body shall be punishable in accordance with Subsection (1).

(3) Any person who recruits or mediates persons under the age of eighteen years in the territory of Hungary for military service, paramilitary service in a foreign armed body, or any mediation of volunteers for such service shall be punishable by imprisonment between two to eight years.

4.13. Vereinigte Staaten von Amerika

United States Code (USC), From Title 18-CRIMES AND CRIMINAL PROCEDURE

PART I-CRIMES

CHAPTER 45-FOREIGN RELATIONS

§958. Commission to serve against friendly nation

Any citizen of the United States who, within the jurisdiction thereof, accepts and exercises a commission to serve a foreign prince, state, colony, district, or people, in war, against any prince, state, colony, district, or people, with whom the United States is at peace, shall be fined under this title or imprisoned not more than three years, or both.

§959. Enlistment in foreign service

(a) Whoever, within the United States, enlists or enters himself, or hires or retains another to enlist or enter himself, or to go beyond the jurisdiction of the United States with intent to be enlisted or entered in the service of any foreign ... state ... as a soldier ... shall be fined under this title or imprisoned not more than three years, or both.

(b) This section shall not apply to citizens or subjects of any country engaged in war with a country with which the United States is at war, unless such citizen or subject of such foreign country shall hire or solicit a citizen of the United States to enlist or go beyond the jurisdiction of the United States with intent to enlist or enter the service of a foreign country. Enlistments under this subsection shall be under regulations prescribed by the Secretary of the Army.

(c) This section and sections 960 and 961 of this title shall not apply to any subject or citizen of any foreign prince, state, colony, district, or people who is transiently within the United States and enlists or enters himself on board any vessel of war, letter of marque, or privateer, which at the time of its arrival within the United States was fitted and equipped as such, or hires or retains another subject or citizen of the same foreign prince, state, colony, district, or people who is transiently within the United States to enlist or enter himself to serve such foreign prince, state, colony, district, or people on board such vessel of war, letter of marque, or privateer, if the United States shall then be at peace with such foreign prince, state, colony, district, or people.

4.14. Vereinigtes Königreich

Foreign Enlistment Act 1870

Illegal Enlistment

4 Penalty on enlistment in service of foreign state.

If any person, without the license of Her Majesty, being a British subject, within or without Her Majesty's dominions, accepts or agrees to accept any commission or engagement in the military or naval service of any foreign state at war with any foreign state at peace with Her Majesty, and in this Act referred to as a friendly state, or whether a British subject or not within Her Majesty's dominions, induces any other person to accept or agree to accept any commission or engagement in the military or naval service of any such foreign state as aforesaid,—

He shall be guilty of an offence against this Act, and shall be punishable by fine and imprisonment, or either of such punishments, at the discretion of the court before which the offender is convicted; ...

5 Penalty on leaving Her Majesty's dominions with intent to serve a foreign state.

If any person, without the license of Her Majesty, being a British subject, quits or goes on board any ship with a view of quitting Her Majesty's dominions, with intent to accept any commission or engagement in the military or naval service of any foreign state at war with a friendly state, or, whether a British subject or not, within Her Majesty's dominions, induces any other person to quit or to go on board any ship with a view of quitting Her Majesty's dominions with the like intent,—

He shall be guilty of an offence against this Act, and shall be punishable by fine and imprisonment, or either of such punishments, at the discretion of the court before which the offender is convicted; ...

* * *